



the scale towards document

BA VII 520

BA VII 520

Zweitschrift.

540

63. Sitzung des Rates der Stadt Frankfurt-Oder
am Donnerstag, dem 19.6.1952, im Rathaus, Zi.Nr. 110
Beginn: 14,00 Uhr, Ende: 18,30 Uhr.

Anwesend: Bürgermeister Hinze
die Stadträte Gorsky
Karlsch
Makusch
Stadtv.Vorst. Richter

Es fehlten entschuldigt:
die Stadträte Thomas (Urlaub)
Wombeck (NDPD-Parteitag)
Wagner (Konferenz in Potsdam)

Hinzugezogen wurden:
zu Punkt 1) Kollege Kuhnke, Jugendh., Heimerziehung
zu Punkt 2a) Kollege Meyer, Allgem. Verwaltung
zu Punkt 3) Kollege Schleuder, Landwirtschaft

Tagesordnung:

1. Bericht über die Vorbereitung zur Durchführung der Feriengestaltung und Betriebsferienlager.
Berichterstatter: Kollege Kuhnke
2. Bericht über den Stand der Wettbewerbsbedingungen (Zusatzplan Rat der Stadt Frankfurt-Oder) gem. Punkt 1 der 56. Sitzung vom 29.4.1952.
 - a) zu I. Methoden der Mobilisierung der Bevölkerung,
1. Öffentliche Berichterstattung.
 - b) 2. Festigung und Erweiterung des bestehenden Apparates der ehrenamtlichen Helfer.
 - c) zu III. Bereitschaft der Bevölkerung beim Wiederaufbau unserer Stadt,
3. Wie wurde das Investprogramm erfüllt?
 - d) Zu V. welche Kostensenkungen konnten durch Verbesserung der Verwaltungsaarbeit erreicht werden?
Berichterstatter zu a-d) Stadtrat Gorsky
 - e) zu II/ 1. Selbstverpflichtungen
2. Beteiligung an freiwilligen Aufbauarbeiten
zu III Mithilfe der Bevölkerung zur Erschließung der inneren und ärtlichen Reserven für die Stärkung und Festigung der Volkswirtschaft, zu 1, 2 und 4
Berichterstatter: Stadtrat Karlsch

Stv. 3. Anbau landwirtschaftlicher Kulturen zur Ernte 1953.

Zu 1: Kollege Kuhnke wird beauftragt, zur nächsten Ratsitzung über alle Maßnahmen, die inzwischen eingeleitet worden sind, einen Bericht zu geben.

Termin: 26.6.1952.

Zu 1a: Der Bericht des Kollegen Stanke fand die Zustimmung und Anerkennung des Rates der Stadt für die vom Kollegen Stanke getroffenen Vorbereitungen.
Der Rat der Stadt Stralsund ist sofort telefonisch oder telegrafisch mit Terminsetzung an die Erledigung unseres Schreibens vom 30.5.1952 zu erinnern.

Verantwortlich: Kollege Stanke

Termin der Vollzugsmeldung: 26.6.1952.



Zu 2a) Der Rat der Stadt beschliesst, daß zu Punkt I/1c der Wettbewerbsbedingungen: "Anregungen aus der Bevölkerung zur Verbesserung der Verwaltungsarbeit (mündlich oder schriftlich)" nicht nur die reine Verwaltungsarbeit zu verstehen ist, sondern alle Anregungen aus der Bevölkerung überhaupt mit aufzunehmen sind. Dies ist zur ersten Zwischenbewertung am 25.7.1952 zu berücksichtigen.

Zu 2b) Der Rat der Stadt beschliesst, daß vor Beginn der nächsten Stadtverordnetenversammlung am 24.6.1952 eine Nichtöffentliche Besprechung und Instruktion der Stadtverordneten über die noch durchzuführenden restlichen Wahlen der Straßenvertrauensleute stattfindet.

Verantwortlich: Kollege Gorsky in Verbindung mit dem Stadtverordnetenvorsteher.
Termin der Vollzugsmeldung: 27.6.1952.

2. Kollege Gorsky wird beauftragt, vom Rat der Stadt ein Schreiben an die Nationale Front zu richten und diese darin zu bitten, daß sie die Blockparteien und Organisationen anspricht, daß diese ihre Mitglieder für die Wahlen der Haus- und Straßenvertrauensleute mehr interessiert und einsetzt, damit die Wahlen durchgeführt werden können.

Termin der Vollzugsmeldung: 27.6.1952.

Zu 2c) Kollege Gorsky wird beauftragt, den Bautenstand bei den Neubauabauten Block I-III bzw. Block IV nochmals überprüfen zu lassen, da die angegebenen Prozentszahlen angezweifelt werden.

Termin der Vollzugsmeldung: 3.7.1952.

Zu 2d) Kollege Gorsky wird beauftragt, in der nächsten Dienstleiterbesprechung noch einmal über die Brigadenbildung zu sprechen und die einzelnen Abteilungsleiter zu fragen, welche vorbereitenden Massnahmen zur Brigadenbildung in den einzelnen Abteilungen getroffen wurden.

Termin der Vollzugsmeldung: 27.6.1952.

Zu 2e) Von dem Bericht des Kollegen Karlsch nahm der Rat der Stadt Kenntnis.

—
Durch Abwesenheit der Kollegen Wambach und Wagner konnten die Berichte zu IV/1 und 2 für den Koll. Wambach und III/5 für den Koll. Wagner nicht gegeben werden. Diese Berichte sind in der nächsten Ratsitzung zu geben.

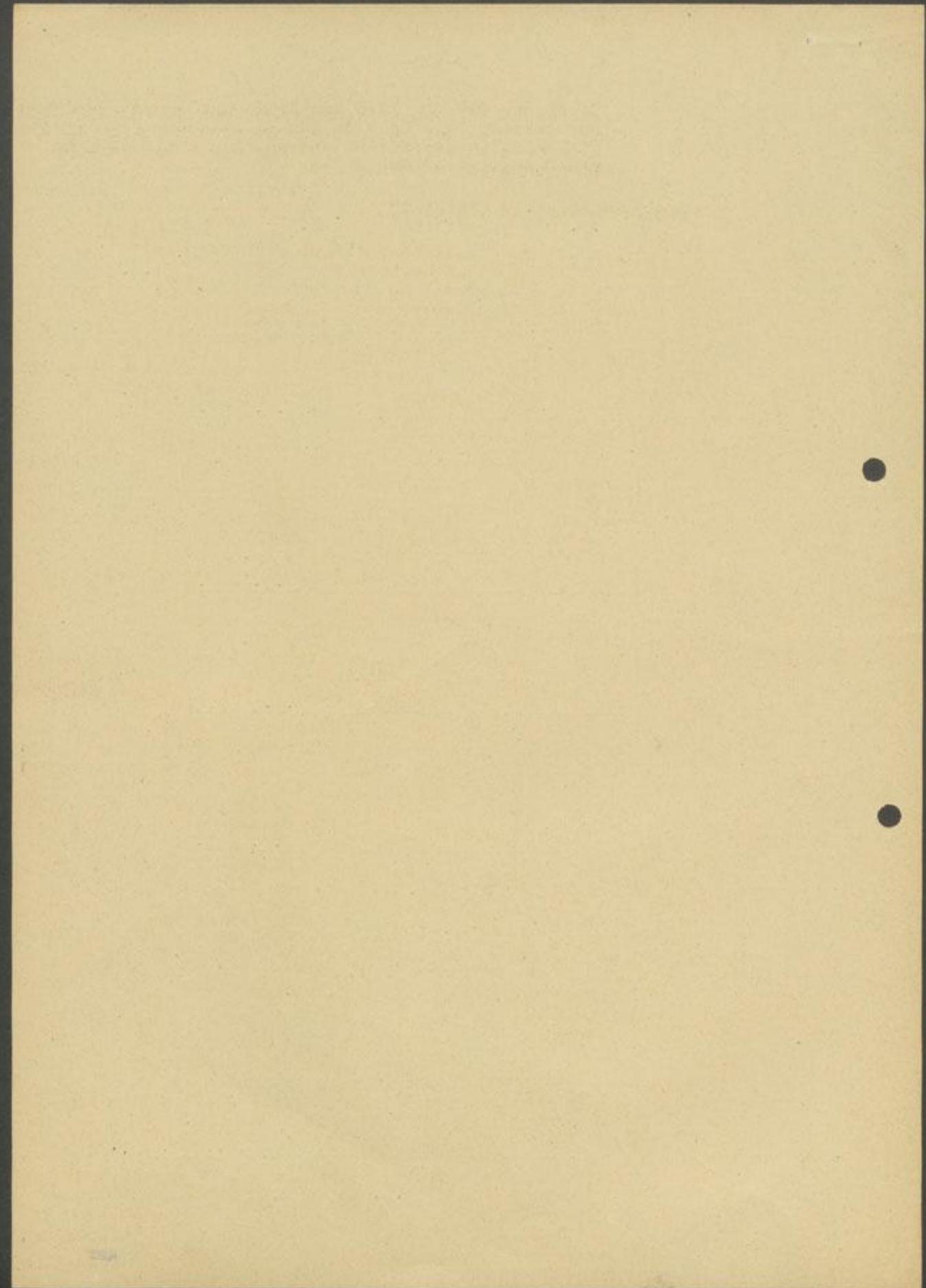
Zu 3: a) Der vom Kollegen Schleuder voregetragene Anbauplan für 1953 wurde vom Rat der Stadt bestätigt.

Der Kollege Bürgermeister wird beauftragt, mit dem Kollegen Landrat über die Durchführung der Vorschläge, die in der Prämabel des Anbauplanes gemacht wurden, Rücksprache zu nehmen.

Termin der Vollzugsmeldung: 25.6.1952. 2

b) Es wird eine außerordentliche Ratssitzung für Dienstag, den 24.6.1952, 18,00 Uhr einberufen, an der die Fraktionsvorsitzenden der einzelnen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung teilnehmen.





542

- 3 -

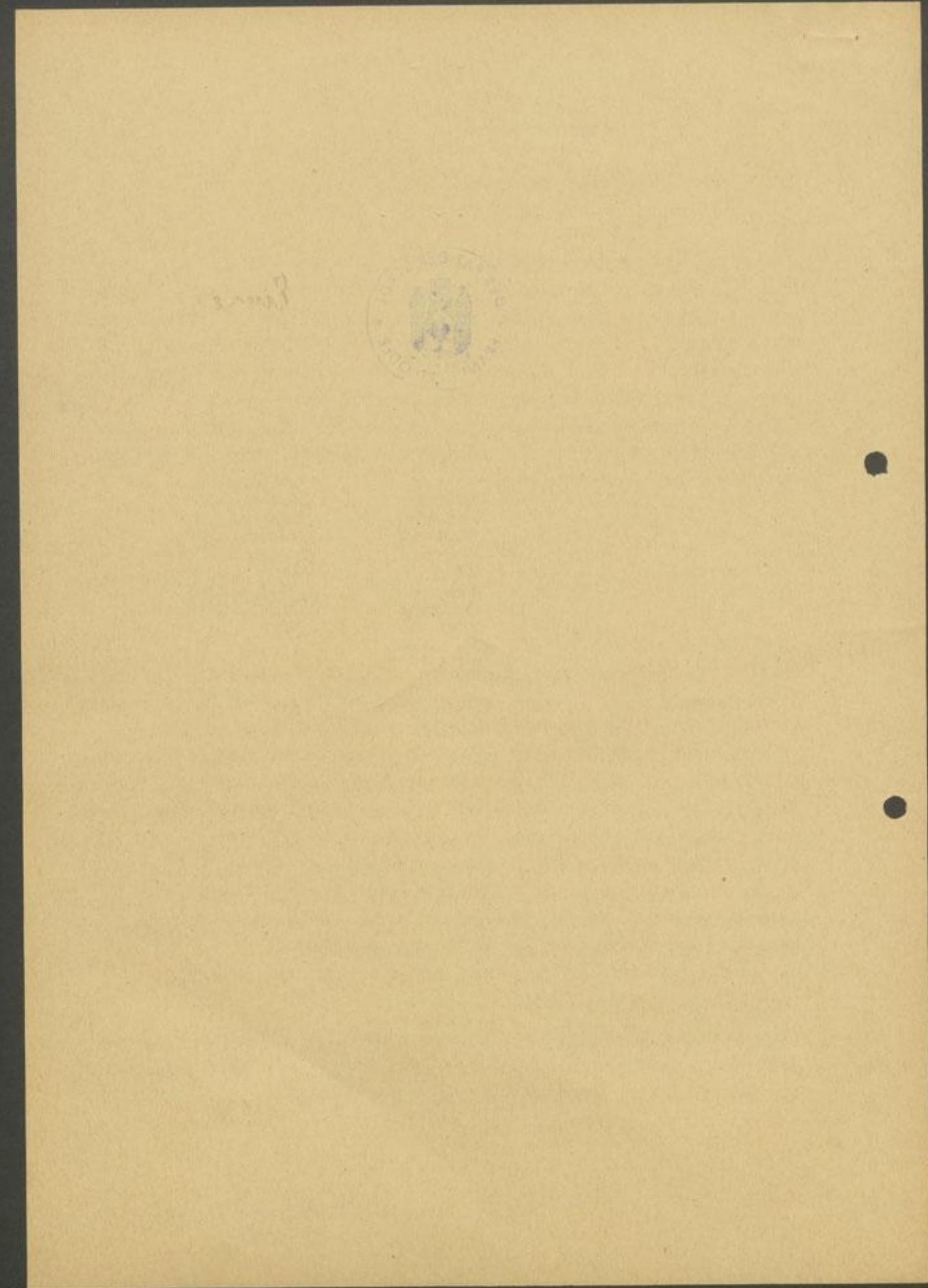
In dieser Sitzung wird der Ernteplan durchgesprochen und beraten, der dann in der am gleichen Tage stattfindenden Stadtverordnetenversammlung vorgetragen und bestätigt werden soll.

Frankfurt-Oder, den 20.6.1952.



Hinze
(Hinze)
Bürgermeister

1961 3



Bericht

Über die Feriengestaltung 1952

Die Aufgaben zur Vorbereitung für die örtliche Feriengestaltung sind bis zur Zeit vorwiegend durch die Kollegen des Ref. Jugendhilfe - Heimerziehung erledigt worden. Das hatte zur Folge, dass die eigentliche Arbeit des Referates vernachlässigt wurde.

Aus diesem Grunde hat der Kollege Stadtrat Thomas der Abteilungsleiterversammlung des Rates der Stadt den Vorschlag unterbreitet, diese zusätzliche Arbeit auf alle Dienststellen zu verteilen. Der Vorschlag wurde angenommen und es kam zur Bildung einer Kommission,

bestehend aus den Kollegen:

Thomas	Volksbildung
Makosch	Sozialseesen
Bensch	Buchhaltung
Hoecker	Personalarb.
Kuhnke	Jugendhilfe-Heimerz.
Jahn	Handel u. Versorgung
Saur	Sozialwesen
Fechner	Landwirtschaft
Jahn	Adressen

Die Kommission war bisher immer noch mit der Platzauswahl für die Zelte beschäftigt, da alle bisher gemeldeten Plätze bei genauerer Untersuchung nicht den Erfordernissen entsprachen.

Als wirklich ausreichender Zeltplatz wurde durch die Kommission, die Schulleiter und Kreisreferat Außerschulische Erziehung nur der ehemalige Gutepark in Markendorf angesehen und festgelegt. Dieser Park bietet die Möglichkeit 2 Zelte aufzustellen, sodass 300 Kinder je Durchgang untergebracht werden können. Für die restlichen 200 Kinder je Durchgang, welche ursprünglich durch die örtlichen Ferienlager mit erfasst werden sollten, wurde vorgeschlagen, diese an den Ferienspielen teilnehmen zu lassen.

Der Rat der Stadt ist somit nur noch für ein Ferienlager in Markendorf verantwortlich.

Die einzelnen Kommissionsmitglieder haben zur Errichtung dieses Zeltlagers ihre Aufgaben erhalten und werden über die Durchführung vor der gesamten Kommission laufend berichten.

3.1.
Kuhnke

4

*verschoben
am 10.10.1945*

Vorlage Nr. 1a

sur 63. Ratssitzung am 19.6.1952.

Betr.: Bericht über das Betriebsferienlager des Rates der Stadt.

Das diesjährige Ferienlager findet in der Zeit vom 1.8.-15.8.1952 in Neubrück am Wergensee statt.

Die bisherigen Meldungen ergeben eine Teilnehmerzahl von ca. 130 Kindern. Darin eingerechnet sind die Kinder der Kollegen des Stadttheaters und der Friedhofsverwaltung.

Wir richteten einen Antrag an den Zentralvorstand des FDGB auf Bewilligung eines Zuschussbetrages von DM 500.-- Darauf erhielten wir ein Anerkennungsschreiben für unsere vorbildliche Planung und außerdem DM 1.600.-- bewilligt.

Für die kulturelle Betreuung ist folgendes vorgesehen:

Wenige Tage nach Beginn des Lagers wird der Puppenspieler Gebel dort gastieren. Am ersten Lagersonntag sollen alle Kinder mit Autobussen in die Pionierrepublik "Ernst Thälmann" fahren, um dort das Lagerleben der Pioniere kennen zu lernen. Die Autobusse werden mit Fahnen und Transparenten geschmückt. Der Antrag zur Genehmigung dieser Besuchsfahrt wurde dem Zentralrat der FDJ eingereicht.

Die FDJ-Kulturgruppe des Rates der Stadt wird mit einem Laienspiel und Liedern zur Unterhaltung der Kinder beitragen. Ferner haben sich einige Kollegen vom Stadttheaterorchester für musikalische Darbietungen im Lager bereiterklärt. Die Kollegin Neumann von der Stadtbücherei wird in Vorlesungen den Kindern neue, gute Jugendliteratur nahebringen.

Bücher, Gesellschaftsspiele und Sportgeräte werden vom Rat der Stadt zur Verfügung gestellt.

Auf Grund einer mündlichen Rücksprache mit dem Bürgermeister von Stralsund ist vorgesehen, einen Austausch von ca. 20 Kindern mit Kindern aus Stralsund vorzunehmen. Die Frankfurter Kinder werden im Autobus nach Stralsund gebracht, eine ehrenamtliche Hilfskraft wird sie begleiten und während der 14 Tage bei ihnen bleiben. Die Antwort auf unsere schriftliche Anfrage an den Rat der Stadt Stralsund vom 30.5.52 steht noch aus.

Die Unterbringung unserer Ferienkinder erfolgt im Gasthaus Kranz in Neulrück. Die größeren Kinder schlafen auf Stroh und in Decken, die kleineren Kinder auf Strohsäcken mit Decken. Durch die überaus reichliche Zahl der Meldungen müssen noch zusätzlich Unterbringungsmöglichkeiten geschaffen werden. Dies wird vom Kollegen Stanke im Laufe dieser Woche geregelt in Verbindung mit der Ferienkommission. In Frage kommen hierfür die Schule oder das Gemeindehaus.

Gekocht wird für die Kinder in der Waschküche des Gastwirtes, die sehr geräumig ist und für diesen Zweck geweisst wurde.

Die Lebensmittel werden im Dorf selbst gekauft. Verhandlungen mit der dortigen Konsum-Verkaufsstelle, dem Fleischer und dem Bäcker sind getroffen worden. Zweimal in der Woche wird für die Kinder Kuchen gebacken.

Für die Betreuung der Kinder sind ehrenamtliche Kräfte vorgesehen, die sich zum Teil schon freiwillig zur Verfügung stellten. Für je 10 Kinder wird ein Helfer die Betreuung übernehmen.

Die Lagerleitung übernimmt, wie im vorigen Jahre, der Kollege Milewski von der Abt. Jugendhilfe, Heimerziehung des Rates der Stadt, der im vergangenen Jahre diese Aufgabe zur Zufriedenheit löste. Er wird darin von seiner Frau, die als ausgebildete Kindergartenleiterin den Kindergarten Küstriner Str. leitet, unterstützt.

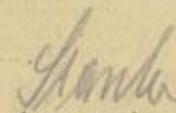
Für

5

Für evtl. Unfälle steht eine Hausapotheke zur Verfügung, außerdem ist die Gemeindeschwester in Neubrück in allen Fällen zu erreichen. Vorsichtsmaßregeln gegen Unfälle beim Baden im Wergensee werden durch Mitnahme von Absperrungseilen und Schwimmgürteln getroffen. Außerdem werden die badenden Kinder ständig überwacht.

Das Essen wird bei gutem Wetter im Lindengarten des Gasthauses eingenommen, bei Regenwetter wird im Saal gegessen.

Im Freundschaftsvertrag zwischen dem Rat der Stadt Frankfurt-Oder und dem Bezirk Markendorf verpflichtete sich der Rat der Stadt, 5 Kinder aus dem Patendorf unentgeltlich in das Ferienlager mitzunehmen.



(Stanke)

BGL-Vorsitzender

Vorlage Nr. zur Ratsitzung am 19. 6. 52

Betr.: Wettbewerbsbedingungen des Städtewettbewerbs.

TO.P.1: I. Methoden der Mobilisierung der Bevölkerung

1. Öffentliche Berichterstattung

- a) Ergebnis der Berichterstattung in Betrieben:
Die Berichterstattungsversammlungen in den Betrieben mussten zum Teil aus betrieblichen und zum Teil wegen Veranstaltungen verschiedenster Art abgesetzt werden. Sie werden für das nächste Vierteljahr neu angesetzt.
- b) Ergebnis der Berichterstattung in Wohngebieten:
7 Versammlungen, 233 Besucher, 59 Diskussionsredner.
Kleinversammlungen, Wohnbezirksversammlungen, persönliche Einladung.
- c) Keine Anregungen.

Gorkeij.

... 6 ...

H.

Vorlage Nr. zur ... Ratsitzung am 19.6.52

Betrifft: Festigung und Erweiterung des bestehenden Apparates
der ehrenamtlichen Helfer lt. Ministerialblatt Nr. 10
vom 19.3.1952.

a) Stand der ehrenamtlichen Helferorganisation am 30.4.1952.

Struktur:

5 Stadtbezirksvertrauensleute und je 1 Vertreter (Wahl-
bezirksvertreter)

36 Wahlbezirksvertreter und je ein Vertreter

Ca. 2800 Hausvertrauensleute.

Personelle Besetzung:

Die Stadt- und Wahlbezirkspositionen der Helferorganisation waren mit dem Stichtag besetzt. Bei den Strassenvertrauensleuten waren ca. 70 zur Zeit nicht besetzt. Bei den Hausvertrauensleuten wurde es grösstenteils so gehandhabt, dass jeden Monat der Hausvertrauensmann oder ein anderer Mieter des Hauses die Lebensmittelkarten abholte. Andere Aufgaben haben die Vertrauensleute bis zum Stichtage nicht ausgeübt. Die Helferorganisation umfasste bis zum Stichtag die Stadtbezirke I - III. Auf die Aussenbezirke war sie noch nicht ausgedehnt. Es wird kaum möglich sein personell eine hundertprozentige Besetzung zu erreichen, da die Fluktuation, hervorgerufen durch Wohnungswchsel, Arbeitsplatzwechsel, Krankheit usw., aber auch durch das mangelnde Bewusstsein vieler Menschen sehr stark ist.

b) Erfolge bei der Aktivierung dieses Apparates ab 1.5.1952

und durch welche Methoden wurden diese Erfolge erzielt?
Wie wirkt sich die Mitarbeit der Parteien, Organisationen
und der Nationalen Front aus?

soll

Die Aktivierung der Helferorganisation soll dadurch erreicht werden, dass auf Grund der Regierungsverordnung in allen Gemeinden Neuwahlen durchgeführt werden. Mit der Durchführung der Wahlen sind die bisherigen Haus-, Strassen- und Wahlbezirksvertrauensleute beauftragt. Die Anleitung der dadurch entstehenden Aufgaben sind vom Stadtverordnetenvorsteher 36 Abgeordneten übertragen worden, d.h., je ein Stadtverordneter ist für einen Wahlbezirk für die Wahl der einzelnen Funktionen verantwortlich. In einem Wahlbezirk sind zu wählen:

1. 1 Wahlbezirksvertrauensmann und 1 Vertreter
2. 4 - 8 Strassenvertrauensleute und je 1 Vertreter
(je nach der Struktur des Wahlbezirkes)
3. die entsprechenden Hausvertrauensleute.

Jeder Stadtverordnete hat die vorbereitenden Protokolle zur Wahl der entsprechenden Hausvertrauensleute und eine Aufstellung über den Stand der Helferorganisation, strukturell und personell, für seinen Wahlbezirk am 5.6.1952 erhalten. Die Wahl der 226 Strassenvertrauensleute sollte bis zum 12.6.1952 abgeschlossen sein und die Protokolle hierzu bei uns vorliegen. Bis zum 14.6.1952 sind leider erst 5 Protokolle hier eingegangen. Das Ergebnis der Wahl lässt sich zur Zeit noch

nicht

7

nicht übersehen, da der Termin etwas kurz bemessen war. Nach mündlichen Berichten einzelner Stadtverordneten stösst die Wahl bei der Bevölkerung ~~zurück~~ ^{zu} Achtung zur Übernahme von Funktionen auf grosse Schwierigkeiten. Selbst bisher tätig gewesene Strassenvertrauensleute legen jetzt die Funktionen unter allerlei Begründungen nieder. Es ist deshalb notwendig, dass seitens des Kollegen Stadtverordnetenvorsteher stärker auf die Stadtverordneten eingewirkt wird, damit die Wahlen endgültig durchgeführt werden und wir die vom Kreis verlangte Meldung erstatten können. Mit der Bildung der Helferorganisation in den Außenbezirken waren die Bezirksvorsteher beauftragt worden. In den Bezirken Gildendorf, Rosengarten, Lichtenberg und Kliestow sind die Wahlen durchgeführt worden. In Markendorf wurde gelegentlich der Rechenschaftsberichtsversammlung am Donnerstag vergangener Woche die Wahl für das Dorf ebenfalls durchgeführt. Da aber nur wenige Vertreter der Siedlung Markendorf anwesend waren, ist die Wahl der Helfer in der Siedlung Markendorf für diese Woche vorgesehen.

Die Mitarbeit der Parteien und Organisationen und der Nationalen Front war bisher noch nicht wirkungsvoll. Sie muss durch gemeinsame Aussprachen noch weiter verstärkt werden. Einen wesentlichen Beitrag können dazu unsere Stadtverordneten bzw. die einzelnen Fraktionen leisten.

c) Wie wurde der Apparat gefestigt? (Schulung der Helfer usw.)

Seit Bestehen der Helferorganisation (1950) wurden die Stadt-, Wahlbezirks- und Strassenvertrauensleute von Fall zu Fall je nach der Aufgabe, die es zu lösen galt, von der Verwaltung zusammengerufen und entsprechend ihren Aufgaben geschult. Seit Oktober 1951 wurden jeden Monat Schulungen vom Kollegen Bürgermeister bzw. seinem Vertreter durchgeführt und zwar nicht nur verwaltungstechnisch, sondern auch politisch. An die Festigung der Helferorganisation kann erst nach der Neuwahl bzw. der Besetzung aller Positionen herangegangen werden.

- x) da die Übernahme neuer Funktionen abgelehnt wird.

Großdej.

Dezernat Finanzen
Abt. Haushalt

Frankfurt-Oder, den 16. Juni 1952
B/Ro. 501-50

R a t s v o r l a g e

Vorlage Nr. 26 zur 63. Ratssitzung am 19.6.52

Betr.: Wie wurde das Investitionsbauprogramm erfüllt?

Bezug: Beschluss des Rates der Stadt in der 56. Sitzung vom 29.4.1952.

Für die nachstehend bezeichneten Investitionsvorhaben werden folgende finanziellen und materiellen Erfüllungsstände ausgewiesen:

Bezeichnung des Invest-Vorhabens	Plansumme	Finanzieller Erfüllungsstand vom 15.6.1952 in DM	Plansumme in %	Plansumme für Bauarbeiten	Bautenstand n.d. INV-Meldung. Stand: 25.5.1952
Berufsschule	400.000,--	149.960,43	40,8	264.300,--	64,1
Stadthaus	300.000,--	156.996,54	57,1	202.900,--	82,7
Neubauwohnungen Block I - III	1.400.000,--	325.899,11	26	1.170.300,--	28,2
Neubauwohnungen Block IV	1.666.000,--	963,49	--	1.449.500,--	--
Kindertagesstätte	268.000,--	--	--	--	--
Enttrümmerung Gefahrenbeseitigung	1.360.000,-- 140.000,--	1.182.749,81	78,8		

Sonderplanauflage für Überhänge 1951

Institut für Lehrerbildung	49.800,--	48.150,13	96,7
57 Wiederaufbauwohnungen	23.000,--	13.937,06	60,6
Stadthaus	18.900,--	15.741,97	83,3

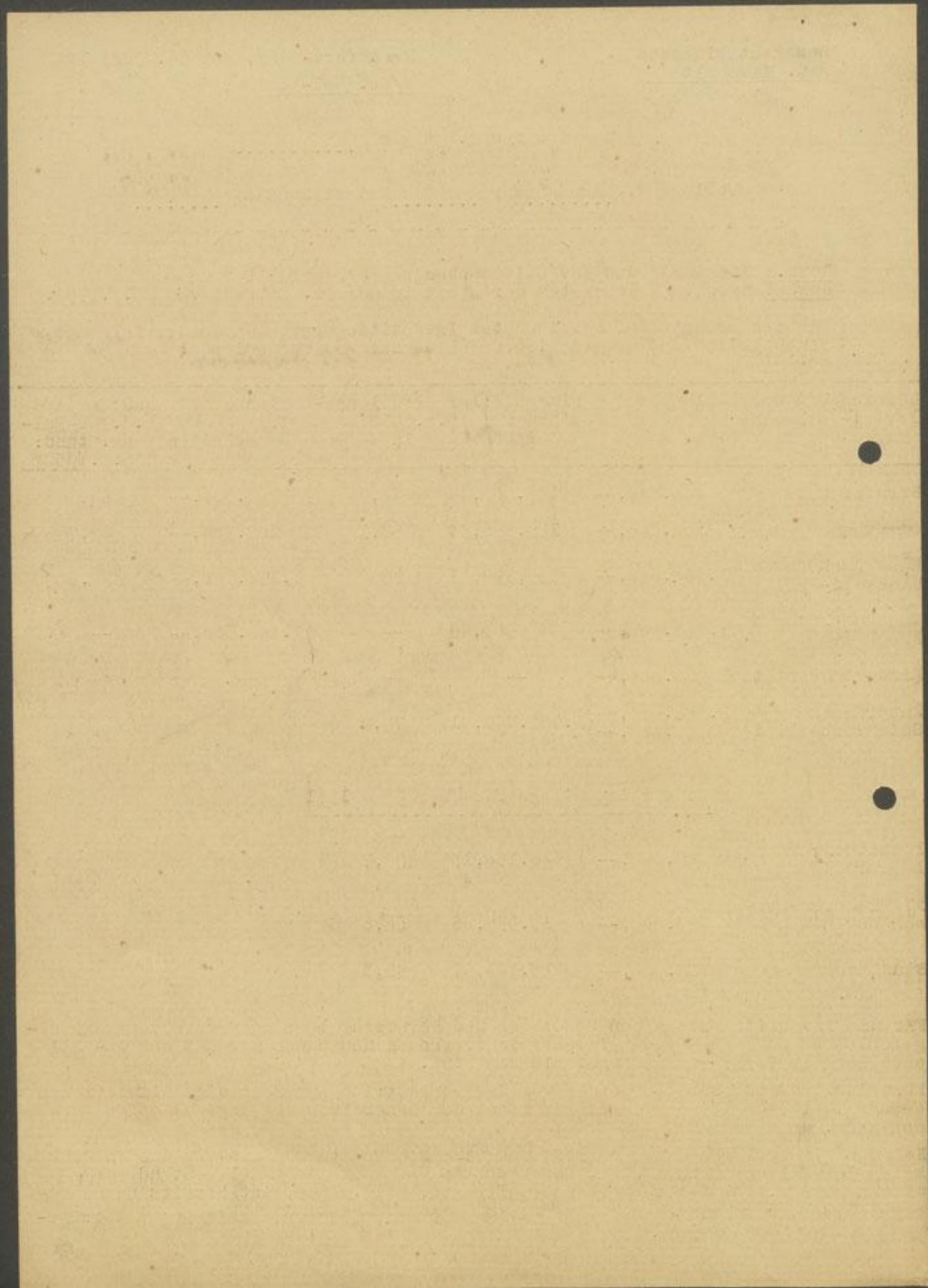
Für die Investitionsvorhaben Stadthaus und Berufsschule sind Generalverträge abgeschlossen während bei den Investitionsvorhaben Neubauwohnungen Block I - III und Block IV Teilverträge abgeschlossen sind.

Für die Kindertagesstätte werden vom Kreisbaubetrieb zur Zeit die Kalkulationen durchgeführt, damit noch in diesem Monat der Generalvertrag abgeschlossen werden kann.

Bei den Planauflagen Enttrümmerung und Gefahrenbeseitigung sind in diesem Jahr keine INV-Meldungen zu machen. Deswegen kann nur der finanzielle Stand ausgewiesen werden. Der Enttrümmerungsbeauftragte, Koll. Ludek, ist bereits angesprochen worden, die Plansummen rechtzeitig erhöhen zu lassen, damit keine Verschiebungen eintreten können.

Gorsky
(Gorsky)
Stadtkämmerer

9



Vorlage Nr. 10. zur 63. Ratssitzung am 19. 6. 57.

Betr. i Wettbewerbsbedingungen des Städtewettbewerbs.

T.O.P. 1: V. Welche Kostensenkungen konnten durch Verbesserung der Verwaltungearbeit erzielt werden

1. Realisierbare Verbesserungsvorschläge.

Handel und Versorgung.

- a) Vereinigung von 3 Büchern (Lebensmittel-, Punkt- und Hausbrandkarten) zu einem Buch.
Zeiteinsparung, schnellere Abfertigung des Publikums, geringe Materialeinsparung.
- b) Vernichtung des Markenrücklaufes nicht in Libben sondern in Frankfurt-Oder.
Monatlich 100.--- DM Kostensparnis.
Ausschaltung von mtl. 1 unproduktiven Arbeitstag für 1 Arbeitskraft.

Standesamt:

Anstelle eines gebundenen Namensverzeichnisses Führung einer Namenskartei, Zeiteinsparung beim Heraussuchen der einzelnen Personenstandsfälle, ein Griff und die Karteikarte ist gefunden.

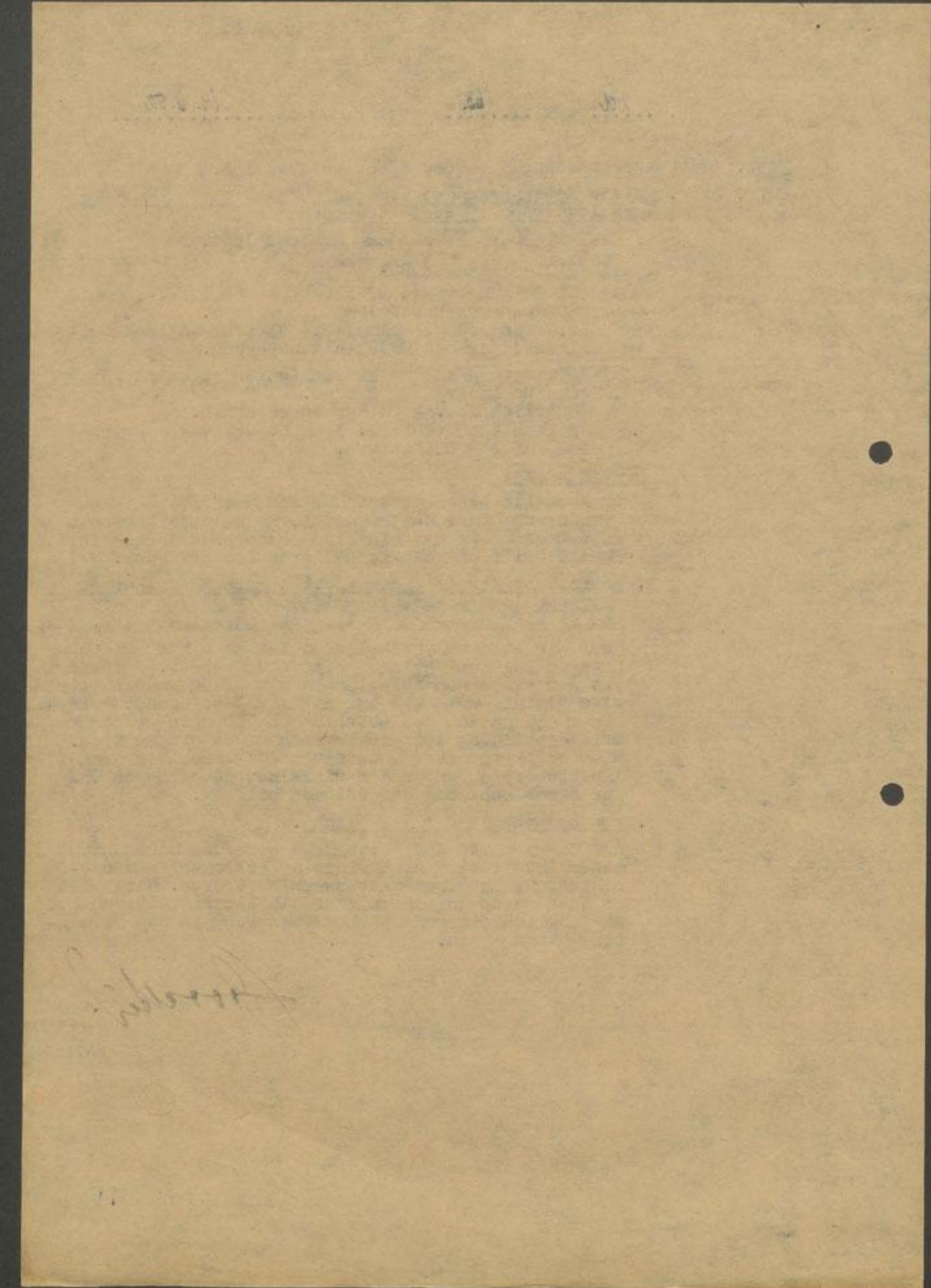
2. Entfaltung der Brigadenarbeit in den Verwaltungen mit Abschluss konkreter Brigaden-Verpflichtungen und Erfüllung und Kontrolle der Verpflichtungen.

Über die Bildung von Brigaden ist in einer Dienstbesprechung ausführlich gesprochen worden. Außerdem ist den einzelnen Abteilungen mit einem Rundschreiben eine kleine Broschüre zur Anleitung zugesandt worden. Eine Meldung von den Abteilungen über die erfolgte Brigadenbildung ist bisher noch nicht eingegangen. Hier bedarf es einer intensiven Aufklärung in den Arbeitsbesprechungen der einzelnen Abteilungen und zur Beschleunigung der Brigadenbildung.

3. Wettbewerbe in der Verwaltung.

Auf dem Gebiete der Wettbewerbsbewegung haben sich weder Abteilungen noch einzelne Kollegen dazu entschlossen, in einen Wettbewerb zu treten. Hier gilt es auch durch Aufklärung auf die Wichtigkeit und auf die Möglichkeit von Wettbewerben auch in der Verwaltung hinzuweisen.

Fischer?



Vorlage Nr.

63 nur Sitzung des Rates der Stadt am 19. 6. 52

Betr.: Städtebaubewerb.

In der Ratsitzung vom 29.4.1952 wurde ich für eine erhebliche Anzahl von Bewertungspunkten des Wettbewerbes verantwortlich gemacht. Darunter der Punkt II "Bereitschaft der Bevölkerung beim Wiederaufbau unserer Städte". Gerade dieser Punkt beinhaltet eine so grosse Anzahl von Arbeit, dass ich mich veranlasst fühle, auf einige bestehende Mängel bei der Verteilung der Aufgaben hinzuweisen.

Der Stand der Arbeiten für den Wettbewerb hat bei weitem nicht den Umfang angenommen, der für ein erfolgreiches Abschneiden notwendig ist. Dieses röhrt daher, dass einmal die Verteilung der Verantwortung auf einen zu kleinen Personenkreis erfolgte, bzw. eine grosse Anzahl von Kollegen formal zwar zur Mitarbeit bereit sind, in Wirklichkeit jedoch nur eine Belastung bedeuten. Hinzu kommt, dass als Mitglieder der verschiedenen Kommissionen meistens Personen benannt wurden, die bereits mit einem grossen Teil fachlicher und gesellschaftlicher Arbeit belastet sind.

Als weiterer Mangel zeigt sich einmal wieder der überaus geringe Stellenplan unserer Stadtverwaltung, bzw. das Fehlen ganzer Abteilungen. So der abt. Aufbau, deren Vorhandensein zu einer besseren Durchführung des Punktes 2: "Beteiligung an freiwilliger Aufbauarbeit" wesentlich zur Verbesserung beitragen würde. Einer genügenden Weiterverteilung der mir übertragenen Aufgaben treten aus dem Vorstehenden grosse Schwierigkeiten entgegen. So müsste ich allein den Koll. Fochner für vier Bewertungspunkte verantwortlich machen. Der Punkt 2 enthält den gesuchten Schwerpunktplan der Stadt Frankfurt-Oder, wobei ich selbst an zwei Objekten wesentliche Mitarbeit leisten muss. Die Berichterstattung von seiten der Kommissionen ist mangelhaft. Die Aufstellung eines Schwerpunktplanes scheiterte bisher daran, dass nur von zwei Objekten bis zum heutigen Tage konkrete Arbeitsunterlagen eingingen, und das nachdem vor längerer Zeit beim Bürgermeister eine Besprechung stattfand und noch einmal schriftliche Annahme von mir erfolgte. Bei der derzeitigen fachlichen und gesellschaftlichen Belastung ist es mir unmöglich, die gestellten Termine und Aufgaben zu kontrollieren und ich bin auf die verantwortungsbewusste Mitarbeit Anderer angewiesen, die leider zu wünschen übrig lässt.

Daher kommt es, dass von Bezirksrat Wirtschaft und Arbeit, mit seinem geringen Personalbestand, Arbeiten ausgeführt werden müssen, die über ihre Kraft gehen. Da zum Beispiel eine abt. Verkehr fehlt, muss die Verteilung der Fahrzeuge auf die einzelnen Objekte vorgenommen werden. Die Beschaffung der Werkzeuge und deren Weitergabe für fast alle Schwerpunkte muss von hieraus erfolgen usw. Ja selbst der Einsatz der Kulturgruppen mußte von mir angeregt und beachtet werden. Mangelhaft ist die Unterstützung von seiten der Presse; abgesehen von der geringen Unterstützung

Unterstützung, die bei der Mobilisierung der Bevölkerung von POM und der R.A. erst erfolgt. Beschilderte Taten ist leicht, die durchführten jedoch um so schwerer. Der beste Beweis war der Gemeinsatz am Sonntag, wo die Initiative zum Gemeinschaftsarbeit jedoch von der Rauktion Brandenburg ergriffen wurde, das Land der Arbeit jedoch auf einen ganz kleinen Kreis, nämlich den Koll. Schepers, den Koll. Pechner, den Koll. Millerbeck, der Kollegin Valder und den Unternehmern lag.

auf Grund des Vorstehenden möchte ich dem Rat der Stadt bitten, zu berüten, in welcher Weise unser Wettbewerb mit dem Ziel der städtischen Mobilisierung unserer Bevölkerung der gesetzlich festgesetzten Schaffung von neuen Berufen verknüpft werden kann. Im einzelnen ist zu den Wettbewerbspunkten folgendes zu sagen:

Punkt 11/1: Selbstverpflichtungen.

An Selbstverpflichtungen der Betriebe und der Bevölkerung gingen bisher ein:

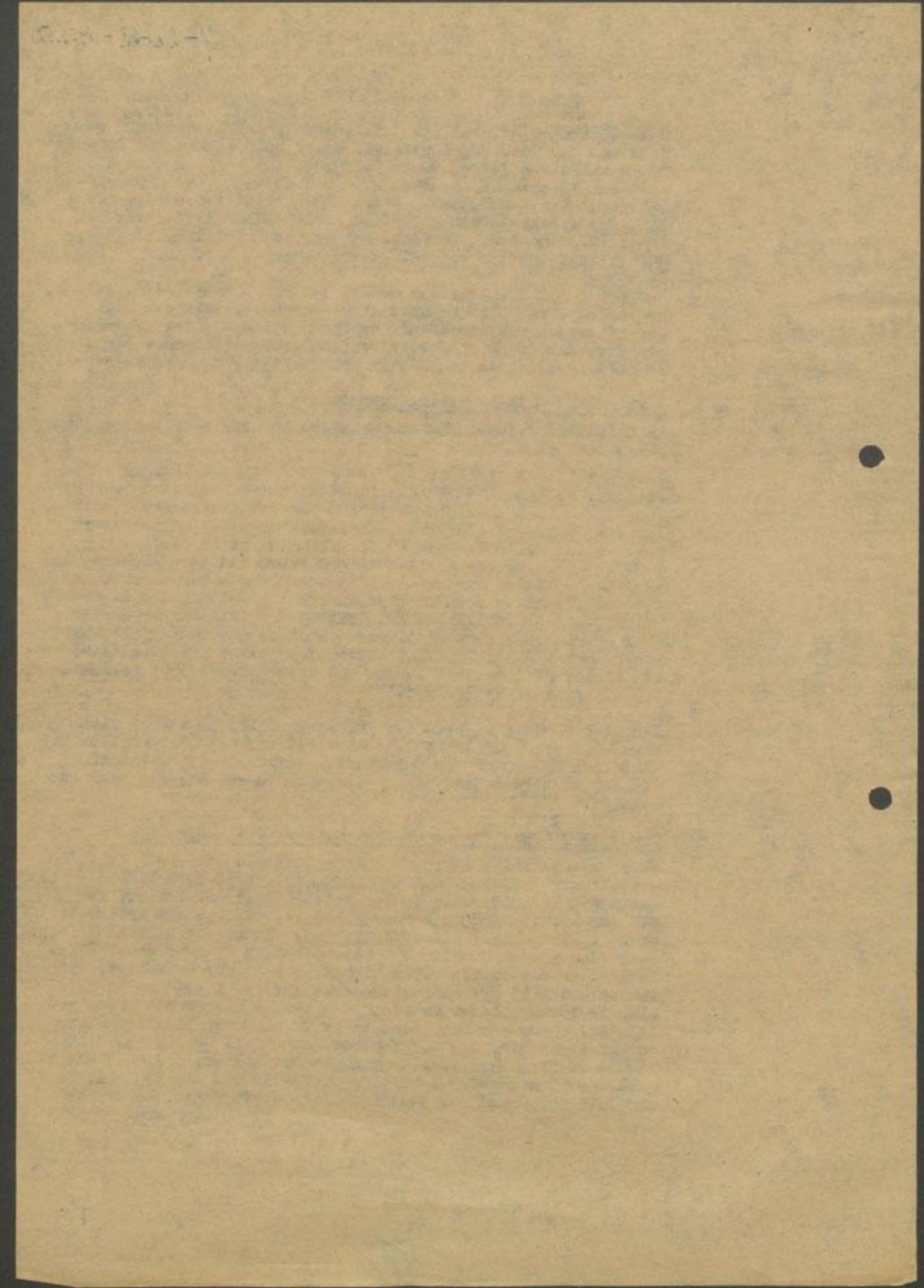
Blauwestliche Befreiung: 12 Verpflichtungen über 11 269 Stunden. Volkspark zwei Verpflichtungen mit 360 Stunden. Fünf Verpflichtungen über die Übernahme von feuerlosen Arbeiten. Für den Transport eingingen 14 Verpflichtungen mit 2 400 Tagen eins. Weiter erhielten wir 19 Verpflichtungen im Berufe von 1 751.— DM. Für die Freilichttheater liegt die Verpflichtung der Kreisbetriebserien zur Herstellung des Bühnenhauses vor, sowie die Verpflichtung der F.W. über die Fertigstellung des 1. Bauabschnittes der Freilichttheater. Weitere Verpflichtungen wurden über die Durchführung bestimmter Arbeiten ohne Materialausgabe eingeschlossen. Zeitpunkt sind bei weiteren noch nicht alle abstecken, die bisher durchgeführt wurden und noch durchgeführt werden in Verpflichtungen festgelegt.

Die bisher eingegangenen Vertragsarbeiten werden nach Berufsgruppen getrennt aufgelistet und den Obermeistern der einzelnen Berufsgruppen zugestellt. Insofern die Arbeiten von den einzelnen Handwerkern vorgenommen werden, ist noch nicht bekannt.

Punkt 11/2: Beteiligung an freiwilligen Aufbauarbeiten.

Unter diesem Punkt fallen hauptsächlich die im Schwerpunktplan enthaltenen aufgaben. Gut hat sich die Arbeit innerhalb der ehemaligen Befreiung in der letzten Zeit entwickelt, so dass mit den 15.6.52 20000 Steine gebröckelt, gesputzt und gestapelt wurden. Hierzu kommt die entsprechende Anzahl von halben Steinen. Zusätzlich wurden bereits erhebliche Mengen Trockenmauer errichtet. In der Arbeit waren bisher 40 Betriebe beteiligt, die an insgesamt 15 Objekten eingesetzt wurden. 5 weitere Objekte sind in Vorbereitung. In Einsätzen wurden bisher über 2000 geschnitten. Durch den Gemeinsatz am vergangenen Sonntag gelang es uns erstmals, das vorgesehene Volumen um ein beträchtliches zu überschreiten. Es muss betont werden, dass die Hauptzahl der zu beseitigen 1 Millionen Steine in den Monaten Mai, Juni und Juli auf Grund der günstigen Jahreszeit fällt. Gegenüber

SPZ/238



unserem Plan haben wir u. a. einen Rückstand von ca. 20 Tagen. Der am 15.6.52 durchgeführte Spaziergang hat uns einmal den Vorteil solcher Minuten gewährt in den sehr viel gekreistet wurde, um anderen aber auch in der Organisation schwierigen aufgetreten. So hat sich als ungünstig ein zentraler Treffpunkt für allgemeine Objekte erweisen.

Gut sind ebenfalls die Arbeiten im Volkspark eingelaufen. Gekreistet wurden bisher ca. 1200 Schichten. 2/3 der Feldsteine sind abgefahrene. Die Arbeiten an den umliegenden Wegen sind zu 30 % ausgeführt. Zu ca. 30 % ist die Parkstrasse durch die Kollegen des Rates der Stadt hergestellt. In gleicher Höhe sind auch die Arbeiten am Sportplatz durchgeführt. Wegen bereiten hier noch die erheblichen Schuttmassen, zu deren Entfernung noch einige solcher Minuten wie am vergangenen Sonntag erfolgen müssen, oder aber ständig Fahrzeughalter mit ihren Fahrzeugen einzusetzen sind.

Gute Fortschritte macht ebenfalls der Bau der Freilichtbühne. Hier sind ca. 1000 Minuten durchgeführt worden. Ein genauer Ausblick der benötigten Arbeitszeit kann noch nicht gegeben werden. Die laufend durchgeführten Arbeiten lassen eine weitgehende Fertigstellung der Freilichtbühne erhoffen.

Wenig überzeugend war bisher die Arbeit beim Sportplatz am Karschen-Gestift. Jedoch seit Anfang Juni ist eine wesentliche Verbesserung im Zeitablauf eingetreten. In drei Tagen in der Woche sind ca. 30 bis 50 Meter der BSG Ruhland dort tätig. Es ist zu erwarten, dass innerhalb der Sommerspielpausen eine weitere Steigerung erfolgt. Von ca. 800 bis 1000 m wurde der Hinterhof abgehoben und mit der Planierung begonnen. Es wird dazu, davon gearbeitet, durch die gesamte Länge des Platzes einen ca. 6 m breiten Streifen in Normalhöhe zu schaffen. Die Arbeiten am Sportplatz werden am Sonntag dadurch unterstützt, dass Trümmermaschinen vom Friedhof an tiefliegenden Punkten angefahren wurden.

Sehr gering ist die Arbeit die bisher bei der Planierung des Vorgellinien am Stadion geleistet wurde. Befohlt 20 m Fläche wurde planiert.

Die kulturelle Betreuung der ehrenamtlichen Aufbauhelfer kann trotzdem die Kulturschulen nicht arbeitsfähig ist, als gut besiehten werden. So wurden von der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 400 Eintrittskarten zur Verfügung gestellt. Von der Volkspolizei 50 Eintrittskarten für sportveranstaltungen, und von Theater ebenfalls 770 Eintrittskarten. Weiter wurde von Orchester des Theaters ein Plakatskonzert durchgeführt. In der Betreuung der Aufbauhelfer am vergangenen Sonntag war die Schulmeisterschule der TdF und der Reichsbahn, eine Mandolinengruppe der Betriebskunstschule der Reichsbahn, der Chor und die Tanzgruppe des Lehrerinstitutes, der Chor der städtischen Schwesternschule sowie die Orchestergruppe Freischaffender Frankfurter Musiker beteiligt. Weitere Eintrittskarten geringerer Anzahl wurden von Kino Kifa und Freundschaft sowie von einem hier gastizierenden Circus zur Verfügung gestellt.

StAFF - BA VII -

4/-Ze-63-19.6.52

553

Punkt III/3 und 2 : Schrotterfassung

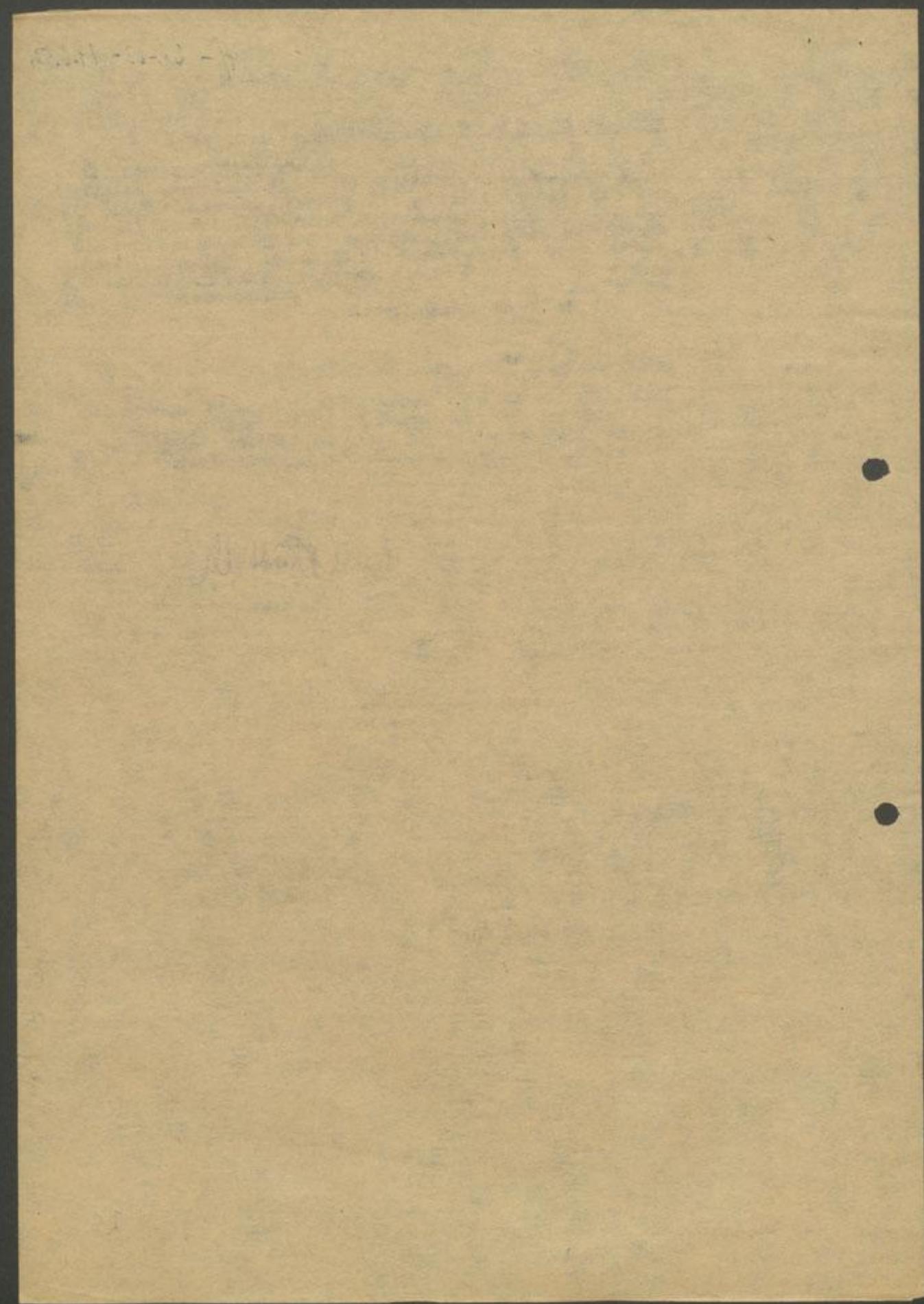
Die Stadt Frankfurt-Oder hat für das Jahr 1952 ein Ziel von 2.200 Tonnen Eisen- und Stahlkropp und 100 Tonnen Buntmetall erhalten. Die am 1.6.52 waren an Eisen- und Stahlkropp 1.620 t und an Buntmetall 67 t erreicht. Somit ist hier der Stand innerhalb des Wettbewerbes als sehr günstig zu betrachten. Die Durchführung von Sammlungen mit Hilfe der Bevölkerung, wie sie jedoch der Wettbewerb selbst angibt, wird nur in geringen Maßen bisher erfolgt, da auch diese Arbeiten eine entsprechend gute Vorbereitung notwendig machen.

Punkt III/4 Erfassung von Industrieanlagen.

Hier wurde von der akt. Industrie im Rahmen des Wettbewerbes noch keine Arbeit vorgelegt. Es ist beachtigt, gemeinsam mit der akt. Industrie den Rat des Kreises eine Besprechung über die Realisierung dieses Punktes durchzuführen.

Karbach
(Karbach)
Stadtrat

14



554
Frankfurt-Oder, den 18.Juni 1952

3 63
Vorlage zur ...Ratssitzung am 19.6.52

Betr.: Beschlussfassung über den Anbau landwirtschaftlicher Kulturen zur Ernte 1953

Auch die Landwirtschaft hat im Fünfjahrplan grosse Aufgaben zu erfüllen.

Es gilt die Hektarerträge zu steigern, den Viehbestand zu erweitern und die Anbaufläche zu vergrößern.

Um diese Aufgaben besser und leichter lösen zu können, wird auf dem Gebiet der Landwirtschaft der Anbau landwirtschaftlicher Kulturen, sowie der Viehbestand und Vermehrung gelenkt. Der Anbauplan, sowie Viehhalteplan bildet die Grundlage zur Erfassung landwirtschaftlicher Produkte, also Erfassungsplan, und dieser wieder in Verbindung mit dem Plan des freien Aufkufs und den Importen aus den befreundeten Ländern bilden den Versorgungsplan der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik.

Je besser der Anbauplan eingehalten und realisiert wird, je schneller sich der Viehbestand vermehrt, um so schneller kann sich die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsgütern verbessern. Hinzu kommt noch, dass uns die Landwirtschaft Rohstoffe liefert, die wiederum unsere Bekleidung in der Qualität verbessern helfen.

Zur Zeit wird die Anbauplanung zur Ernte 1953 durchgeführt. Dieser Anbauplan stützt sich auf die durchgeführte Wunschabbauplanung. Man kann feststellen, dass der grösste Teil der blauerlichen Betriebe den Wunschanbauplan bereits nach den volkswirtschaftlichen Belangen aufgestellt hat. Unsere blauerlichen Betriebe haben erkannt, dass der Wunschanbauplan ihr Produktionsangebot an die Regierung bedeutet, sie haben erkannt, dass sie verantwortlich sind für die Versorgung der Bevölkerung. Der Rat der Stadt hat den durch den Kreisplan bestätigten Anbauplan am 7.6.52 erhalten. Dieser Plan beinhaltet die Anbauflächen zur Ernte 1953, den Zwischenfruchtanbau, die Winterfuchs, sowie die Neulandgewinnung. Eine Gegenüberstellung des Wunschanbauplans mit dem eben erwähnten Plan ergab, dass lediglich in den Grössengruppen 15 - 20 ha, sowie 20 - 35 ha ein starker Zuckerrübenanbau zu verzeichnen ist. Die Betriebe in diesen Grössengruppen hatten fast keinen Wunsch.

In Gedächtnis sind wir insgesamt gesessen, den Wunsch entsprechend eingeplant worden, jedoch verschiebt sich der Anbau durch die Aufteilung in Grössengruppen. Wir haben nämlich in diesem Jahr den Anbauplan nach Grössengruppen bekommen, damit wir die Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Betriebe besser beobachten können. Wir müssen hierbei bedenken, dass die Betriebe entsprechend ihren Grössengruppen andere Erträge abwerfen und somit trotzdem die Möglichkeit zur Entwicklung ihres Viehbestandes gegeben ist.

Bei der Anbauplanung wird zugrunde gelegt die Wirtschaftsfähigerhebung 1951 d.h. die Betriebliste des Katasteramtes

14.

nach dem Stand vom 31.12.51. Veränderungen, die nach dem 1.1.52 eingegangen sind, können erst durch die Wirtschaftsfähigen-erhebung 1952, also nach dem 1.1.53 berücksichtigt werden. Hier ist es notwendig, dass der Anbauplan entsprechend der Betriebsliste abgeändert wird.

Die Anbaufläche ergibt sich aus den A-Flächen = Acker
" " A 1 - " = durch Kriegsschäden vorübergehend unbestellbar
und den B-Flächen = Garten.

Von dieser Addition werden je Betrieb 10 ar Ackerland nicht eingespielt und bleiben somit für den Gemüseanbau (Eigenbedarf des landwirtschaftlichen Betriebes) frei. Die verbleibende Fläche wird zur Anbauplanung landwirtschaftlicher Kulturen herangezogen.

Die Betriebe 0 - 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche erhalten keinen Anbauplan. Lediglich Erwerbsgartenbaubetriebe ab 0,5 - 1 ha bekommen 2% Gemüseanbaufläche, worüber sie sich mit der Veb vertraglich binden. In tierischen Produkten sind auch diese Betriebe abgabefrei.

Ab 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche besteht dann die Anbau- und Abgabepflicht in pflanzlichen und tierischen Produkten. Hier schlüsselt sich der Anbauplan auf in die Größengruppen 1-2, 2-5, 5-10, 10-15, 15-20, 20-35, 35-50 und über 50 ha. Ausgenommen von der Anbauplanung sind noch Größengruppen alle übrigen Volkseigenen Betriebe. Die 3% Volkseigenen Güter erhalten ihren Anbauplan direkt von der Landesvereinigung Volkseigener Güter.

Zur Erreichung einer produktiven Viehwirtschaft ist einer einwandfreien Aufteilung der Futterflächen unabdingt notwendig und zwar sind diese Futterflächen errechnet nach den vorhandenen Grossvieheinheiten in den einzelnen Größengruppen. So ergibt 1 Stu 0,30 Rauhfutter-Grossvieheinheiten

1 Herd	0,50	"	"
1 Stu	1,-	"	"
1 sonst. Kind	0,75	"	"
1 " Schwein	0,25	"	"
1 Schaf	0,10	"	"

Für die VdgB-eigenen Vatertiere werden folgende Futterflächen festgesetzt:

Hengste	1	Futter-Hektar
Bullen	1	" "
Eber	0,50	" "
Schafbock	0,25	" "

Diese Futterflächen sind vor der Aufschlüsselung auf die einzelnen Betriebe im Bezirksumsatz aus der übrigen Futterfläche herauszunehmen.

Die verbleibende Futterfläche bei Futterhaekfrüchten und Feldfutterpflanzen wird durch die errechneten Rauhfutter-Grossvieheinheiten einer Größengruppe mitgeteilt und somit erhalten wir die Futterfläche die auf eine Rauhfutter-Grossvieheinheit entfällt.

Der vorhandene Gründung als Hauptfrucht ist insbesondere auf die wirtschaftsschwachen Betriebe mit leichten Nüden aufzuschlüsseln.

Alle Gartenbaubetriebe von 1 - 2 ha erhalten 50 qm und solche von 2 ha und darüber 100 qm Heil-, Duft- und Gewürzpflanzen. Zur besseren Versorgung des Bodens mit Humus und Entwicklung der Schattengräser, sowie zur Verbesserung der Futtergrundlage

wird auch der Zwischenfrüchtenbau eingeplant.
Es entfallen auf je 100 ha ca 30 ha für Sommerzwischenfruchtanbau und " " 100 " " 5 " " Winters zwischenfruchtanbau. Um eine bessere Frostgare zu bekommen und um die Stickstoffmengen, die aus der Luft durch Niederschlag und Schnee an den Erdboden kommen, besser aufzufangen, ist es notwendig, so weit als möglich die Winterfurche zu ziehen. Hier entfallen je 100 ha 30 ha für die winterfurche.

Da die Gemeinde Frankfurt-Oder als früherer Stadtkreis eine besondere Struktur aufweist, ergibt sich die Notwendigkeit, dass der Anbauplan zunächst einmal auf die Bezirke aufgeschlüsselt wird. Danach sind die einzelnen Bezirksvertretungen voll verantwortlich für die weitere Aufschlüsselung und Realisierung des Plans.

Nach einigen technischen Vorbereitungen durch die Abt. Landwirtschaft beim Rat der Stadt ist die gebildete Gemeindeanbauplankommission am Dienstag den 17.6.52 zusammengekommen um die Aufschlüsselung auf die einzelnen Bezirke vorzunehmen. Die Gemeindeanbauplankommission setzt sich laut Vorschlag aus folgenden Kollegen zusammen:

Kurt, Knappe, VdgB. Ffo. Erwerbsgartenbau	
Rich. Krumbe, "	
Willi Kruse, Ackerbauberater	
Oskar Jäckel, Bezirksvorsteher Kliestow	
Wilh. Koester, VdgB.	
Bernh. Sommer, "	
Werner Gerlach, Bezirksvorsteher Rosengarten	
Hans Meusolf, VdgB.	
Karl Kruse,	
Bezirksvorsteher, Michtenberg	
Rich. Hoffmann, VdgB.	"
Erwin Gosemann,	"
Bezirksvorsteher, Markendorf	
Georg Hellentin	"
Karl Rohde, VdgB.	"
Schmidt, Ferdinand Bezirksvorst. Guldendorf	
Fritz Birkholz VdgB.	"
Rich. Jahnke, "	"
Hinze, Bürgermeister	
Schlauder, Abt.-Leiter für Landwirtschaft	
Reiff, Sachbearbeiter Referat Erfassung	
Dalleck, " Ackerbau Landwirtsch.	
Ceynow, Protokollführerin	
Schmidt, BfG-Sekretär Ffo.	
Wagner, Stadtrat	

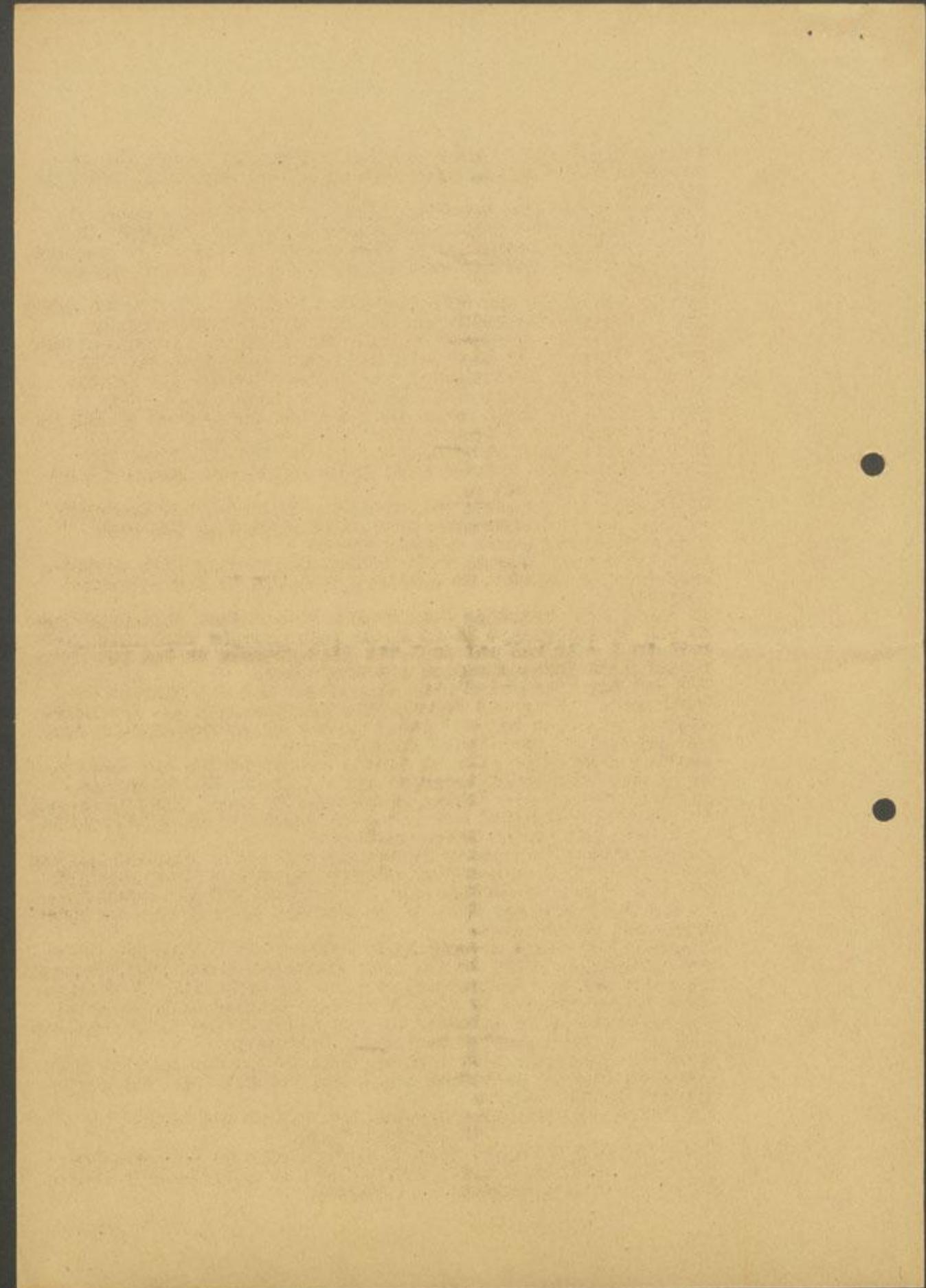
Außerdem wurden geladen je ein Vertreter der SED, LDP, CDU, NDPD und DED.

Nicht anwesend waren:

Willi Kruse, Ackerbauberater	
Hans Meusolf, VdgB. Rosengarten	
Karl Rohde, " Markendorf	
Fritz Birkholz " Guldendorf	
Rich. Jahnke " "	
und die Vertreter der Parteien SED, CDU, NDPD, DED	

Da wir den Anbauplan nicht wie vorgesehen am 22.5. sondern erst am 7.6.52 bekommen haben, ist es uns auch nicht möglich, dass jeder Betrieb am 15.6. im Besitz seines Anbaubescheides sein konnte.

Die Gemeindeanbauplankommission hat sich als Ziel den 1.7.52 gestellt.



- 4 -

Nach einleitenden Worten und der Begrüssung begann die gemeinsame Beratung der Anbauplanung in den einzelnen Grössengruppen.

Begonnen wurde mit der Grössengruppe 1-2 ha und zwar wurde gegenübergestellt Wunsch- und Fiancentwurf der einzelnen Kulturen in allen Bezirken. Da sich keine Veränderungen ergeben, war die Gemeindeanbauplankommission mit dem Entwurf einverstanden.

Ebenso war es in den Grössengruppen 2-5 ha, 5-10 und 10-15 ha. Die Anbauplankommission brachte zum Ausdruck, dass nicht besser gearbeitet werden konnte. Die gerechte Verteilung ist gut, es liegt alles klar, dank der guten Voraarbeit der Abt. Landwirtschaft insbesondere der Koll. Schleuder und Reiff. In der Grössengruppe 15-20 ha ist die Anbauplanung für Zuckerrüben ziemlich hoch. Kliestow und Gildendorf sollen je 1 ha übernehmen. Kliestow wehrt sich dagegen, da es nur 1 Betrieb in dieser Grössengruppe mit Zuckerrübenboden hat und diesem einen Betrieb kann nicht zugemutet werden $\frac{1}{2}$ 1 ha Zuckerrüben anzubauen.

Gildendorf betont, dass es lt. einer Mitteilung der Landesregierung keine Zuckerrüben mehr anbauen darf, da das Zoll schon jahrelang nicht erfüllt wurde.

In Lichtenberg lassen sich bedenkmässig Zuckerrüben anbauen, hier handelt es sich um schwache Betriebe in der Grössengruppe.

Es wurde der Vorschlag gemacht, die Zuckerrüben ausnahmsweise in die Grössengruppe 10-15 ha zu verlagern, in Lichtenberg evtl. in 5-10 ha, und evtl. mit Winterroggen in den entsprechenden Grössengruppen aussutsuschen.

Der Rat der Stadt wird sich diesseitshalb mit dem Landrat in Verbindung setzen und Rücksprache nehmen. Wenn ein Austausch möglich ist, dann bekommt jeder Bezirk 25 er Zuckerrüben dazu und Gildendorf baut dafür Winterroggen.

Ahnlich verhält es sich in dieser Grössengruppe bei Gemüse. Durch den Arbeitskräftemangel auf dem Lande ist es schwer, grössere Mengen von Gemüse anzubauen. Es wurde vorgeschlagen, in den Aussenbezirken nur das Grobgemüse und in Frankfurt-O. Stadt das Feingemüse unterzubringen.

Die Gemeindeanbauplankommission war mit allen vorgeschlagenen Kulturen ausser Zuckerrüben einverstanden und wies nochmals auf den Vorschlag, Rücksprache mit dem Landrat zu nehmen hin. In der Grössengruppe 20-35 ha verhält es sich wie vor beim Anbau von Zuckerrüben.

Kliestow hat einen devastierten Betrieb und 2 Betriebe sind strukturmässig nicht in der Lage Zuckerrüben anzubauen, könnte aber evtl. in der Grössengruppe 5-10 ha noch 0,50 ha Zuckerrüben unterbringen. Es wird auch hier gebeten ausnahmsweise die Genehmigung zu erteilen, im Austausch in der Grössengruppe 5-10 ha die Zuckerrüben verlagern zu können.

Kliestow beschwert sich darüber, dass schlechtes Saatgut von der Zuckerfabrik geliefert wurde und dadurch das Ziel nicht erfüllt werden konnte.

Die Gemeindeanbauplankommission kam nun zu dem Punkt "Neulandgewinnung".

Die Abt. Landwirtschaft wiss dersufhin, dass im Fünfjahrsplan das Ziel gesteckt ist, die Anbaufläche zu erweitern, um eine grössere Futtergrundlage zu bekommen.

- 5 -

Das gewonnene Neuland vergrößert die Futterfläche und ist ablieferungsfrei. Es wurde festgestellt, dass es schwer sein wird, Neuland zu gewinnen. Es sollten Wiesen umgebrochen werden, doch Frankfurt-Oder hat viel zu wenig Wiesen.

Wo ist noch irgendwelches Odland oder eine Fläche, die vielleicht noch nicht erfasst ist?

Durch diese Neulandgewinnung sollen sich nicht die ablieferungspflichtigen Kulturen erhöhen, sondern die Ackerflächen sollen sich erweitern.

Von Markendorf kam der Vorschlag, dass dort ca 15-20 ha Wald, der durch Kriegseinwirkung stark abgeforstet ist, vorhanden sind. Diese könnten evtl. für Neulandgewinnung in Frage kommen. Außerdem befindet sich sehr gutes Futter darin. Es handelt sich um einen Staatsforst. Um Stellungnahme wird gebeten.

Sämtliche Bezirksvorsteher bringen zum Ausdruck, dass es in ihren Bezirken nicht möglich ist, Neuland zu gewinnen.

Es wurde folgender Beschluss gefasst:

Die Gemeindeentwicklungsplankommission ist nicht für die weitere schematische Umlage der Neulandgewinnung. Durch diese Umlage ist letzten Endes doch keine Vergrößerung der Anbauflächen möglich, da keine Wiesen vorhanden sind und das vorhandene Odland wurde durch Kommissionen bereits mehrmals besichtigt. Hinzukommt, dass die Wiesen in Gildendorf durch den hohen Grundwassersstand nicht geeignet sind.

Nachdem man die Abt. Landwirtschaft den Rat der Stadt, sowie die Stadtverordnetenversammlung den Abschluss und Durchführung der Anbauplanung 1953 geschildert hat, bitten wir den Anbauplan zu bestätigen und denselben als Dokument den Bezirksvertretungen zu überreichen.

(Wagner)
Stadtrat i. V.

Münster
(Schleuder)
Abt.-Leiter

Beschluss der 13. Öffentlichen Stadtverordnetenversammlung
vom 24.6.1952:

Der vorstehende Plan über den Anbau landwirtschaftlicher Kulturen zur Ernte 1953 wurde von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig angenommen.

gez. Boessel
Schriftführer



K. Pinner
Stadtverordnetenvor

